

Pressemeldung 4. Januar 2016 - Es gibt sie: Alternativen zu Lagerpolitik und Massenunterkünften

mit Flüchtlingsrat Berlin e.V., Bündnis Neukölln, Architekten für Architekten, plattformnachwuchsarchitekten.de, Demokratische Initiative 100 %Tempelhofer Feld e.V.

„Alternativen zu Notlagern und Massenunterkünften jetzt“ - Vorschläge für einen Stufenplan

Wie schnell verfügbar ?	Was ist verfügbar?	Was muss Senat tun?
1	sofort	Auf „Lagerpflicht“ ab dem ersten Tag verzichten ++ Beratung und Vermittlung wohnungssuchender Geflüchteter gezielt unterstützen und organisieren (vgl. Forderungen des Flüchtlingsrats Berlin e.V.) ++ Mietkostenübernahme bei Vorlage eines Wohnungsangebotes sofort prüfen. +++ Öffentl. Appell des Regierenden, Leerstand zu vermieten
2	sofort	Angebot an die Vermieter „Raus aus der Illegalität, rein in die Flüchtlingshilfe“ und Vermittlung organisieren.
3	2 – 6 Monate, je nach Immobilie	BIMA muss mit BIM und BIM muss im Team mit Bezirken arbeiten ++ Leerstand erfassen und sanktionieren, Ertüchtigung organisieren ++Beschlagnahme spekulativen Leerstandes, wie in Hamburg rechtlich ermöglichen (ASOG-Änderung).
4	9-12 Monate	Fördermittel für Aufstockungen, Umnutzungen und Nachverdichtungsmaßnahmen schnell und unbürokratisch bewilligen - z.B. aus dem SIWA-Fördertopf und nicht nur an große Generalüber- bzw. -unternehmer, sondern an kleine Architekturbüros und lokale Handwerksbetriebe
5	1-6 Jahre	Kapazitäten in der Bauverwaltung gezielt stärken ++ Personal in den jeweiligen Bezirken einsetzen, die dezentralen Flächenressourcen ausfindig machen ++ geeignete Gewerbeflächen umwidmen, Genehmigungsverfahren verkürzen ++ Baugenehmigung Neubau an dauerhafte Vermietung eines Anteils als Sozialwohnungen knüpfen. ++ Für die dauerhaft zu erstellenden Wohngebäude Nachhaltigkeitskriterien anwenden (vgl Beitrag der Kommission für Nachhaltiges Bauen am Umweltbundesamt).
6	1 - 10 Jahre	Ankunft der Geflüchteten = Chance für sozialen , ökonomischen und ökologischen Wohnungsbau! Neue Liegenschaftspolitik++ Mietenstopp++ Wohnungsbauprogramme mit dauerhafter Sozialbindung und Belegungsrechten auflegen und finanzieren++ Belegungsrechte durch kombinierte Förderungen sozialen Wohnraums schaffen ++ Mittel für Flüchtlingsunterbringung für den Bau nachhaltig nutzbarer Wohnungen einsetzen.